1 **Antrag 7: Unsere freiheitliche Gesellschaft verteidigen:**
2 **Wider die Gewalt an sexuellen und geschlechtlichen Minderheiten**

3 *Antragsteller: Hannes Thoms und Justus Schmitt*

4 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 5 • Die Junge Union Schleswig-Holstein bekennt sich zur unbedingten persönlichen
6 Freiheit, jede queere sexuelle sowie sozial-geschlechtliche Identität als Teil der
7 universellen Menschenrechte ausleben zu können; ob es biologisch nur zwei
8 Geschlechter gibt, ist dafür ohne Belang.
- 9 • Polizeibeamte von Bund und Ländern müssen für den Umgang mit Straftaten im
10 Bereich der sexuell motivierten Hasskriminalität gesondert geschult werden.
- 11 • Im Bereich von Versammlungen zur sexuellen Vielfalt hat sich die Polizei als
12 Ansprechpartner unmittelbar zu Verfügung zu halten und Ihre Präsenz im Generellen
13 zu erhöhen.
- 14 • Eine interdisziplinäre Gruppe von Forschung und Praxis soll zur Auswertung der zu
15 erhebenden Daten über kriminologische Aspekte von Straftaten gegenüber sexuellen
16 Minderheiten errichtet werden. Es sind konkrete Handlungsempfehlungen zu
17 erarbeiten.
- 18 • die Schulung von Lehrern für eine Anti-Mobbing Strategie gegen queere Schüler
19 sowie eine Schulung zur Verhinderung von Gewalt gegen queere Schüler.
- 20 • In den Kriminalstatistiken sind die Täter von Straftaten im Bereich sexuell oder
21 geschlechtlich motivierter Hasskriminalität nicht nur anhand von
22 „Phänomenbereichen“ zu kategorisieren, sondern auch anhand ihrer Zugehörigkeit
23 zu Religionsgemeinschaften. In Bezug auf diese, in der Kriminalstatistik identifizierten
24 Religionsgemeinschaften, ist folglich der Grund für die höhere Tatgeneigtheit
25 wissenschaftlich zu untersuchen.
- 26 • Der „Expertenkreis Politischer Islamismus“ beim Bundesinnenministerium ist wieder
27 einzusetzen.
- 28 • Es ist eine Aufklärungsoffensive des Bundes anzustrengen, die sich gezielt an kulturell
29 muslimisch geprägte Bürger sowie Geflüchtete richtet.
- 30 • Im Schulunterricht ist die Freiheit zur Ausübung der eigenen sexuellen und
31 geschlechtlichen Identität adressatengerecht zu thematisieren; im
32 Religionsunterricht sind religiös begründete Stigmatisierungen zu behandeln. Der
33 konfessionsgebundene Religionsunterricht ist beizubehalten und um einen
34 islamischen Religionsunterricht in der Regel zu ergänzen. Dieser islamische
35 Religionsunterricht ist durch gesonderte Fachanforderungen zu normieren und von
36 landesrechtlich ausgebildeten Lehrern anzubieten. Entsprechend der bisherigen
37 Praxis des Landes Schleswig-Holstein sind islamische Interessensverbände auch
38 weiterhin ausdrücklich nicht an der Unterrichtsgestaltung sowie an den
39 unterrichtlichen Inhalten zu beteiligen.
- 40 • Die Aufklärung und Schulung über sexuelle Vielfalt muss fester Bestandteil der
41 Integrationsarbeit und Einbürgerungstests werden.
- 42 • Abgelehnte oder straffällig gewordene Asylbewerber sind konsequent abzuschieben.

43 Begründung:

44 **Lage der Hasskriminalität gegen queere Menschen in Deutschland**

45 Am 19.08.2022 werden zwei schwule Männer in Frankfurt homophob beleidigt und mit
46 einem Stein beworfen. Mit den Worten „Du bist kein richtiger Mann“ schlägt am 27.08.2022
47 am Rande des Christopher Street Days in Münster Nuradi A. auf den trans-Mann Malte ein,
48 nachdem dieser Besucherinnen der Versammlung zur Hilfe eilte. Malte verstirbt später im
49 Krankenhaus. Am 05.09.2022 wird in Berlin ein spazierendes, schwules Paar von einem
50 Mann attackiert, der einem von ihnen mit der Faust ins Gesicht schlägt. Am 06.09.2022
51 werden zwei junge Männer in Frankfurt homophob beleidigt, einer von ihnen wird mit einer
52 Glasflasche ins Gesicht geschlagen. Diese Vorfälle, die nur zweieinhalb Wochen des
53 vergangenen Sommers abdecken, stehen symbolisch nur für einen kleinen Teil der
54 strafbaren Handlungen und Gewalt, die beinahe täglich in Deutschland gegen Personen
55 gerichtet werden, die eine queere sexuelle oder sozial-geschlechtliche Identität haben.
56 Die Menschenrechte schützen dabei das Recht, ohne Diskriminierung zu leben und die
57 eigene Persönlichkeit frei zu entfalten. Die Grenze dieser Rechte findet sich nur in den
58 Rechten anderer. Die Freiheit, trotz anderer angeborener Geschlechtsmerkmale als
59 geschlechtslos oder andersgeschlechtlich zu leben, ist von diesen Menschenrechten ohne
60 Weiteres umfasst. Der Begriff „Geschlecht“ ist dabei sowohl als sozial-gesellschaftliches
61 Zuordnungskriterium (englisch: „gender“) zu verstehen, als auch als biologischen Fakt
62 (englisch: „sex“). Diese Erkenntnis muss Grundlage einer liberalen und ideologiefreien Politik
63 sein, der sich die CDU verschrieben hat.

64 **Datengrundlagen schaffen**

65 Eine effektive und diskriminierungsfreie Politik kann nur gelingen, wenn sie auf einer soliden
66 Tatsachenerkenntnis basiert. Es ist dabei gerade Gebot einer verhältnismäßigen
67 Maßnahmenauswahl, besonders die Gruppen ins Auge zu fassen, die für bestimmte Taten
68 mehrheitlich verantwortlich sind. Deshalb werden auch heute schon Täter in den
69 Kriminalstatistiken nach sogenannten „Phänomenbereichen“ aufgegliedert, wie etwa
70 „Islamismus“ oder „Rechtsextremismus“. Zwar trifft es zu, dass mit der Zugehörigkeit zu
71 einer bestimmten Glaubensrichtung keinesfalls eine bestimmte Einstellung gegenüber
72 sexuellen und geschlechtlichen Minderheiten einhergeht, dies aber überdurchschnittlich oft
73 der Fall ist. Es mutet daher ideologisch motiviert an, wenn die Bundesaußenministerin
74 beispielsweise mit Blick auf das brutale Vorgehen des Regimes im Iran gegen protestierende
75 Frauen und Minderheiten erklärt, dass dies nichts mit dem Islam als Religion zu tun hätte.
76 Vielmehr sind nur 53 Prozent der nach Deutschland zugezogenen Muslime der Auffassung,
77 dass die gleichgeschlechtliche Ehe erlaubt sein sollte, wohingegen in Deutschland geborene
78 Muslime diese zu 70 Prozent unterstützen – Christen sogar zu 81 Prozent. Die drängende
79 Frage ist nicht, ob Religion gewisse Straftaten, auch nur strukturell, fördert, sondern
80 inwieweit welche religiöse Zugehörigkeit bei Tätern häufig vorkommt. Erst auf dieser
81 Grundlage kann erforscht werden, warum dies der Fall ist und danach gezieltere
82 Maßnahmen ergriffen werden. Schon jetzt lässt sich jedoch feststellen, dass die
83 konsequente Abschiebung derjenigen, die kein Aufenthaltsrecht haben oder straffällig
84 geworden sind, zur Sicherheit von queeren Menschen maßgeblich beiträgt.

85 Die Bundesregierung greift regelmäßig auf institutionalisierte Expertenkreise zurück. So
86 existiert etwa ein Expertenkreis beim Bundesministerium des Inneren für Antisemitismus
87 oder Muslimfeindlichkeit. Auch gegen Islamismus bestand ein solcher Expertenkreis, der

88 jedoch kürzlich auslief und überraschend nicht verlängert wurde. Zur Begründung wurde
89 vorgetragen, dass der Problembereich wissenschaftlich hinreichend erforscht worden sei – ganz
90 entgegen der Auffassung der beteiligten Experten. Diese Entscheidung verkürzt die
91 Faktengrundlage der Politik ohne ersichtlichen Sachgrund und legt vielmehr eine ideologisch
92 motivierte Entscheidung nahe.

93 **Gezielte Prävention betreiben**

94 Studien belegen schon heute, dass zwischen der Zugehörigkeit zum Islam und erhöhter
95 Ablehnung von homosexuellen Lebensformen eine Korrelation besteht. Diese Studien legen
96 nahe, dass dabei gerade religiöse Anschauungen als legitimierende Argumente für
97 Diskriminierung herangezogen werden. Der schulische Religionsunterricht befasst sich wie
98 selbstverständlich mit Gruppen, die aus weltanschaulichen oder religiösen Gründen
99 diskriminieren. Dazu gehören neben Sekten auch gewissen Strömungen an den Rändern der
100 Weltreligionen des Christentums und des Islam. Deshalb ist es im Sinne einer ideologiefreien
101 Politik konsequent, über religiös motivierte Queerfeindlichkeit entsprechend ihrer
102 Bedeutung aufzuklären, um Diskriminierung und gegebenenfalls Straftaten präventiv zu
103 bekämpfen.

104 Schulen sind dabei gerade für junge Menschen zentraler Ort für die Bildung mündiger
105 Bürger, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigen. Entgegen
106 repressiven Strömungen, wie sie in den USA wiederholt aufkommen (bspw. die sog. „Don't
107 say gay bill“ im Bundesstaat Florida), muss in der Schule über die Freiheit der Ausübung
108 verschiedener sexueller und geschlechtlicher Identitäten umfangreich aufgeklärt werden. Die
109 Lehre des Islam findet dabei im Rahmen der verfassungsrechtlich garantierten
110 Religionsfreiheit durch die Institutionen der Religionsgemeinschaften statt. Daneben ist
111 jedoch nach dem Vorbild des konfessionsgebundenen christlichen Religionsunterrichts an
112 Schulen ein islamischer Religionsunterricht anzubieten, um auch den Islam unter
113 Bezugnahme auf die grundgesetzliche Werteordnung darzustellen.

114 **Sicherheitsbehörden befähigen und Sicherheit schaffen**

115 Polizeibehörden müssen optimal dafür gerüstet sein, auf Straftaten im Bereich der sexuell
116 oder geschlechtlich motivierten Hasskriminalität reagieren zu können. Eine entsprechende
117 Schulung ist für den adäquaten Umgang unerlässlich. Im täglichen Dienst, aber insbesondere
118 auf Versammlungen, die sich mit sexueller Vielfalt auseinandersetzen, ist es unerlässlich,
119 dass die Polizei mit geschultem Personal präsent ist und sich bei Zwischenfällen unmittelbar
120 zur Verfügung hält. Um kriminologische Aspekte von Straftaten gegen sexuelle Minderheiten
121 besser bewerten und auswerten zu können, ist die Errichtung einer interdisziplinären
122 Gruppe von Forschung und Praxis zur Auswertung erhobener Daten sinnvoll. Daraus sind
123 dann konkrete Handlungsempfehlungen für diesen sensiblen Bereich zu erarbeiten. Dabei
124 kann es jedoch nicht um die bloße Verschärfung von Strafgesetzen gehen, was dem
125 besonderen Schutz sexueller Minderheiten nicht übermäßig sachdienlich wäre.